

APA304 5 II 0412

Siehe APA289/18.08 18.Aug 04

VERFASSUNG KONVENT PERSONALIA FPÖ SCHEIBNER WAHLEN

**Ö-Konvent: Scheibner übernimmt FPÖ-Sitz im Präsidium
Utl.: Böhmdorfer künftig für Ausschuss 4 zuständig - Grundprinzipien
der Verfassung speziell absichern - Für Direktwahl der
Landeshauptleute =**

Wien (APA) - Der freiheitliche Klubchef Herbert Scheibner übernimmt vom früheren Justizminister Dieter Böhmdorfer den Sitz seiner Partei im Präsidium des Österreich-Konvents. Böhmdorfer wird im Gegenzug den stellvertretenden Vorsitz des für Grundrechte zuständigen Ausschusses 4 übernehmen. Dass der Konvent wie geplant bis Jahresende ein Ergebnis vorlegt, hält Scheibner dann für möglich, wenn Einzel- und Gruppeninteressen in den Hintergrund rücken, so der Klubchef am Mittwoch im Gespräch mit der APA.

"Der Erfolg ist möglich, aber noch nicht garantiert", so Scheibner. Wichtiger als der Zeitplan sei freilich ein "positives Ergebnis".

Ein besonders Anliegen für die Schlussphase der Konventsarbeit ist dem FPÖ-Vertreter der Bereich Demokratie und Wahlrecht. Nicht rütteln lassen will er am Verhältniswahlrecht. Versuchen, zu einem Mehrheitswahlrecht zu kommen, erteile er eine "klare Absage". Scheibner: "Wir wollen ein repräsentatives Parlament haben, das ein Stimmungsbild in der Bevölkerung wiedergibt." Dieses Prinzip habe die FPÖ schon immer vertreten, ob als Partei mit fünf Prozent oder mit mehr als 20 Prozent Wähler-Zuspruch.

Scheibner tritt auch dafür ein, bestimmte Grundpfeiler der Verfassung - etwa Demokratie, Wahlrecht, Menschenrechte oder nationale Sicherheit - stärker abzusichern und gleichsam mit einer "Schutzgarantie" zu versehen. Derzeit wäre es möglich, mittels einer Verfassungsmehrheit im Nationalrat und einer Volksabstimmung die Monarchie wieder einzuführen. Dies solle nicht mehr möglich sein, betonte der Klubobmann. Diese Bereiche dürften nicht von "tagesaktuellen Stimmungen" abhängig sein. Die konkrete Umsetzung dieses Ziels ließ er allerdings offen.

Und er bleibt bei der alten FPÖ-Forderung nach einem Ausbau der direkten Demokratie. Allerdings gebe es dabei eine wichtige Grenze, der Ausbau müsse "vernünftig" erfolgen: "Die Verantwortung der Politik muss erhalten bleiben." Politiker würden dafür bezahlt und dürften die Verantwortung nicht auf die Bevölkerung abschieben.

Vorstellbar wäre etwa der verstärkte Einsatz von Volksbefragungen, um ein Stimmungsbild in der Bevölkerung zu erheben. Bei Volksbegehren wünscht sich der Klubchef, dass diese nicht mehr automatisch mit dem Ende der Legislaturperiode verfallen. Nicht folgen will er Überlegungen von "Veto-Referenden", Volksbegehren, die ein Gesetz verhindern würden.

Schließlich wolle er sich für die Direktwahl der Landeshauptleute einsetzen. "Ich glaube, dass sich die Direktwahl der Bürgermeister bewährt hat", meinte er. Diese "personalisierte Demokratie" könnte sich auch auf Landesebene positiv auswirken.

In Sachen Föderalismus wiederholte Scheibner seine Vorstellung, dass der Bundesrat für die Koordinierung von Landesgesetzen sorgen könnte. Derzeit gebe es zwei gegenläufige Tendenzen: Einerseits werde der Föderalismus eingefordert, andererseits gebe es einen starken Zug in Richtung einheitlicher Kompetenzen: "Theorie und Praxis bewegen sich auseinander." Beschicken würde der Klubobmann den Bundesrat mit Landtagsabgeordneten, dies wären im Gegensatz zu bisher "wirkliche Landesvertreter".

(Schluss) ws/has/jep